



Der Entwurf mit den Türmen als Blickfang an der Paketposthalle

Visualisierung:
Herzog & de Meuron



■ Ärger um geplante 155-Meter-Hochhäuser

■ Initiative droht mit neuem Bürgerbegehren



Kämpferisch: Hochhaus-Gegner Karl Hofmann

Foto: Welte

Er will diese Türme stützen

Droht München nach 2004 ein zweiter Bürgerentscheid zum Reizthema Hochhäuser? Die Antwort von Karl Hofmann ist eindeutig. „Wir schrecken davor nicht zurück“, poltert der Vorsitzende der Initiative Münchner Architektur und Kultur (AKU). Was ihn so auf die Palme bringt, sind die Pläne für zwei Hochhäuser an der Friedenheimer Brücke. „Das lassen wir uns nicht gefallen“, sagt Hofmann zum Konzept für das Areal an der Paketposthalle.

Der engagierte 85-Jährige gehörte schon 2004 an der Seite von Alt-OB Georg Kronawitter zu den Initiatoren der ersten Hochhaus-Debatte. Damals diskutierten die Münchner emotional über die Zukunft ihrer Stadt: Das

gerentscheid: 50,8 Prozent der abgegebenen Stimmen waren für eine Begrenzung von Hochhäusern auf 100 Meter. Die juristische Bindungsfrist galt nur ein Jahr, ist längst abgelaufen. Trotzdem hat seitdem niemand gewagt, die magische Marke zu übersteigen. Bislang.

Ende Juli präsentierte Projektentwickler und Grundeigentümer Ralf Büschl nun seine Pläne für das Viertel an der Paketposthalle. Mit 155 Metern würden die zwei Hochhäuser neue Maßstäbe setzen, sie wären der größte Eingriff in die Stadtsilhouette seit 1945. Und bergen entsprechend Sprengstoff.

„Es kann doch nicht Narrenfreiheit herrschen“, regt sich Hofmann auf. Erst recht, wenn er an das Wohlwollen der Münchner

den denen schon an den Karren fahren“, droht Hofmann. Denn: Die Vorstellung eines solchen Projekts zum jetzigen Zeitpunkt ist für ihn ein Affront.

Zur Erinnerung: Im März 2018 hatte der Planungsausschuss des Münchner Stadtrats der Fortschreibung der Hochhausstudie von 1995 zugestimmt. Ziel: Experten sollen herausarbeiten, wo es in München geeignete Bereiche für Hochhausplanungen gibt. Bis heute liegt das Ergebnis der Studie noch nicht vor. Macht nix, sagt Hofmann: „Es ist eh schon wurscht, was drinsteht.“ Wenn vorab Projekte wie die 155-Meter-Türme vorgestellt werden.

Zumal Büschl 2018 in

erklärt hatte: Für seine Pläne vom renommierten Büro Herzog und de Meuron (Allianz Arena, Elbphilharmonie) gelte vorerst eine Obergrenze von 100 Metern. Warum davon ein Jahr später in den konkreten Entwürfen keine Rede mehr ist, lässt die Büschl-Gruppe auf 1z-Anfrage offen. Vielmehr heißt es: „Es

wurden und werden bei den Untersuchungen von Standorten unsererseits grundsätzlich keine Denkverbote auferlegt.“ Und: Man bewiese Mut.

Das sieht die AKU anders und feuert deshalb ihren Warnschuss in Richtung Entscheidungsträger ab. Die Parteien können laut Hofmann davon ausgehen, sich vor der Wahl 2020 erklären zu müssen. Sie bekommen als Erstes Wahlprüfsteine von der Initiative zugeschickt. Ist keine Unterstützung von der Politik zu erwarten, wäre der nächste logische Schritt das Bürgerbegehren. „Ein Riesenaufwand“, muss Hofmann einräumen. Und bleibt trotzdem gelassen. Er weiß seit 2004, dass sich der Aufwand lohnt

Diskutieren Sie mit!

Der Kampf gegen die Wohnungsnot in München: Sind Hochhäuser die Lösung? Oder soll es weiterhin eine 100-Meter-Grenze geben? Schreiben Sie uns Ihre Meinung per E-Mail: lokales@tz.de